

Gaskraftwerke im Gegenwind

Der Bundesrat stellt demnächst Weichen für die künftige Energiepolitik

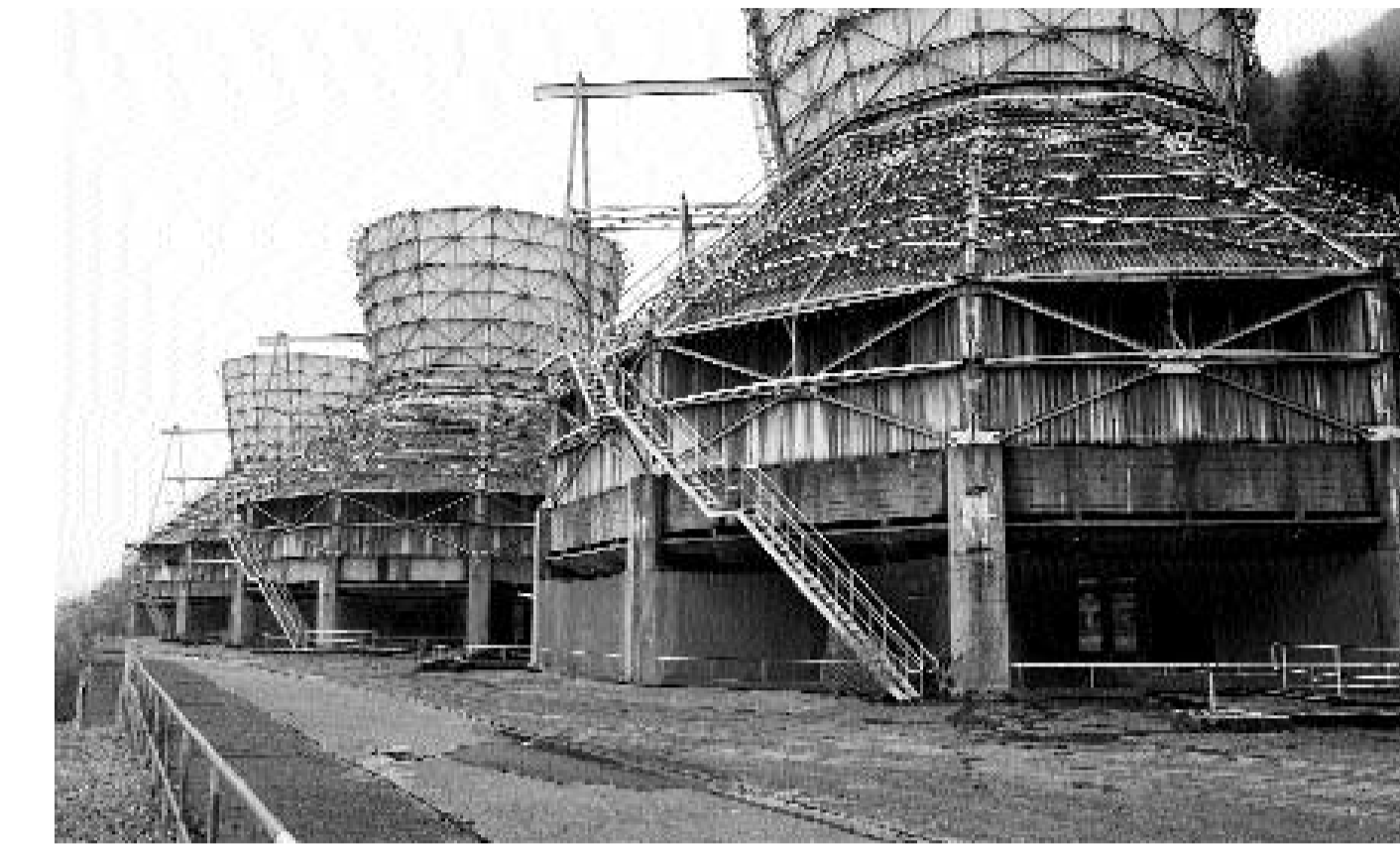
Gas oder Atom? Oder zuerst Gas und dann Atom? Der Bundesrat will nächste Woche eine Aussprache über die künftige Energiepolitik führen. In der Strombranche sind fünf Gaskraftwerke in Planung. Mit der CO₂-Abgabe droht ihnen Ungemach.

INGRID HESS

Die BKW Energie AG will ein Gaskombikraftwerk in Utzenstorf bauen, an einem weiteren Werk im neuenburgischen Cornaux ist sie beteiligt. Gaspläne haben auch die EOS mit dem Umbau des stillgelegten Ölkraftwerks in Chavalon VS. Und auch die Axpo hat kundgetan, dass sie zwei Gaskraftwerke bauen will. Als Standorte in Prüfung hat sie Inwil LU und Schweizerhalle in Basel (vgl. Seite 13).

Die Strombranche will mit den Gaskraftwerken die Stromlücke schliessen, die der stetig wachsende Stromverbrauch in der Schweiz verursacht. Spürbar wird diese spätestens, wenn ab 2017 sukzessive die Abnahmeverträge mit französischen AKWs auslaufen. Ob deshalb aber die verschiedenen Gaswerk-Projekte jemals Wirklichkeit werden, ist noch nicht gewiss.

Gas als Stromlieferant hat in der Schweiz wenig Freunde. Denn Strom wird bisher ausschliesslich aus Atom- und Wasserkraft – und damit CO₂-frei – produziert. So droht dem Kraftwerkbau nicht nur Widerstand seitens lokaler Bevölkerungen wie in Utzenstorf, sondern auch von der Politik: Die vom Ständerat im Winter beschlossene Auflage, die Gaskraftwerke voll der CO₂-Abgabe zu unterstellen, ist wenig bestritten. Viele Bürgerliche, vor allem Freisinnige, wollen den Ersatz der alten Atomkraftwerke ohne die Zwischenlösung Gas angehen. In der CO₂-Abgabe hat die FDP einen Hebel gefunden, um den Bau von Gaskraftwerken zu erschweren. Die Linke wie-



Für das Gaskraftwerkprojekt in Chavalon hat die EOS bereits ein Baugesuch eingereicht – nun droht sie es zurückzuziehen. DENIS EMERYUK

derum will aus klimapolitischen Überlegungen Gaskraftwerke nicht von der Pflicht befreien, den Treibhausgas-Ausstoss voll zu kompensieren.

Die EOS, deren Projekt in Chavalon am weitesten fortgeschritten ist, hat am Dienstag angekündigt, das Projekt fallen zu lassen und im Ausland nach Alternativen zu suchen, sollte es verpflichtet werden, die CO₂-Emissionen voll zu kompensieren. Der Bund hatte der EOS in Aussicht gestellt, nur 60 bis 70 Prozent des CO₂-Ausstosses kompensieren zu müssen. Müssen die Emissionen voll kompensiert werden, könnten die Schweizer Gaskraftwerke nicht zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren, sagt Axpo-Sprecher Hansjörg Schmetzer.

Zurückhaltender äussert sich die BKW Energie AG. Ob die volle

Kompensationspflicht auch das Aus für ihre Gaskraftwerksprojekte wäre, wird offen gelassen.

1,2 bis 4,5 Rappen

Eine CO₂-Abgabe würde Strom aus Gas um etwa 1,2 Rappen pro Kilowattstunde verteuern. Noch teurer – nämlich 4,5 Rappen – kämen gemäss Bundesamt für Energie Massnahmen zur Kompensation im Inland, etwa die Unterstützung energiesparender Projekte. Weniger als einen Rappen würde es hingegen mehr kosten, könnten die Emissionen mit dem Kauf von Zertifikaten im Ausland kompensiert werden. Dies will der Ständerat aber nur für 30 Prozent der CO₂-Menge zulassen. Nun soll sich der Bundesrat in die Diskussion einschalten. Er wird in der kommenden Woche eine energiepolitische Aussprache führen. Dies gab Vize-

kanzler Oswald Sigg nach der Regierungssitzung vom Mittwoch bekannt. Beschlüsse dürften laut Sigg aber erst zu einem späteren Zeitpunkt fallen.

Grundlage der Gespräche im Bundesrat ist ein Aussprachepapier «Energierategie Schweiz» von Energieminister Moritz Leuenberger. Dieser schlägt darin unter anderem den Bau von maximal vier Gaskraftwerken vor. Anders als der Ständerat verlangt, sollen die Kraftwerke ihre CO₂-Emissionen jedoch nicht voll kompensieren müssen. Das sei wirtschaftlich nicht machbar, so die herrschende Meinung im Uvek. Leuenberger will zudem eine weitgehende Kompensation im Ausland ermöglichen.

Stimmt der Nationalrat dem Vorschlag des Ständerats in der Frühlingssession zu, wie das seine

vorberatende Umweltkommission empfiehlt, dürfte Leuenberger auch im Bundesrat auf dem Bauch landen. Mindestens drei der Bundesratsmitglieder scheinen jedenfalls der FDP-Strategie zugetan, das Kernenergiegesetz rasch zu revidieren, um die Verfahrensfristen für AKWs zu verkürzen, statt Gaskraftwerke als Zwischenlösung zu forcieren.

Im Ausland wäre Schaden grösser

Werden die Gaskraftwerke tatsächlich statt in der Schweiz im Ausland gebaut, nützt das dem Klima sicher wenig. Zwar führt die Erneuerung alter europäischer Gaswerke zu CO₂-Einsparungen – aber nur zu rund 20 Prozent. Schon die Verpflichtung für die Stromproduzenten, 60 Prozent der CO₂-Emission zu kompensieren, nützte dem Klima also deutlich mehr.

KURZ

Frauen zu teuer

RÜTLI Eine Frauenfeier mit Reden der zwei höchsten Schweizerinnen passt nach Ansicht der siebenköpfigen Rütlikommission aufs Rütli. Ein solcher Anlass sprengt aber wegen den erforderlichen höheren Sicherheitsvorkehrungen und den damit verbundenen Kosten den Rahmen der herkömmlichen Bundesfeier, wie die Präsidentin der Kommission und ehemalige Luzerner CVP-Nationalrätin Judith Stamm am Mittwoch sagte. Die im Verbund mit Alliance F erfolgte Initiative von Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi und Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey sei aber nicht vom Tisch. Nun sollen alle involvierten Behörden und Organisationen – Bund, Kantone, Frauenverbände zusammen mit der Rütlikommission – an einen Tisch sitzen und die Machbarkeit abklären, fordert Stamm. (ap)

Zugang via Internet

BUNDESVERWALTUNG Der Bundesrat will Unternehmen und Bürgern den Umgang mit den Behörden erleichtern. Mit diesem Ziel hat die Regierung am Mittwoch die nationale E-Government-Strategie für die Jahre 2007 bis 2010 verabschiedet. Dank grösserem elektronischem Angebot soll die Zahl der Behördengänge reduziert werden und die Verwaltung effizienter arbeiten. (ap)

Harmonisierung später

STIPENDIEN Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Ständerats wartet mit dem Entscheid zur Harmonisierung der Stipendien zu. Bevor sie über eine entsprechende Motion aus dem Nationalrat befindet, will sie eine Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen einholen, wie die Parlamentsdienste mitteilen. Die WBK erkennt Handlungsbedarf jedoch an. Vor allem im Sinn der sozialen Chancengleichheit gelte es einen Schritt weiter zu kommen. (ap)

Einheitliche Ausbildung

VETERINÄRDIENTST Im öffentlichen Veterinärdienst tätige Fachleute werden in der Schweiz neu nach einheitlichen Vorgaben ausgebildet. Der Bundesrat erwartet davon mehr Sicherheit für Lebensmittel sowie gesündere Tiere und einen besseren Tierschutz. (sda)

Liberalisiertes Lohnsystem stösst auf harte Kritik

BUNDESVERWALTUNG Der Bundesrat bewegt das Bundespersonal in Richtung Privatwirtschaft – mit entschlacktem Personalrecht und neuem Lohnsystem. Gestern hat die Regierung einen ersten Schritt zu einem flexibleren Lohnsystem gemacht und stösst dabei auf heftige Kritik der Personalverbände. Bereits ab kommenden Februar erhalten die Departemente mehr Kompetenzen bei der Lohngestaltung. Hans Müller vom Bundespersonalverband (BPV) wirft dem Bundesrat widersprüchliches Handeln vor. Wirtschaftsministerin Doris Leuthard sei mit dem Hinweis auf eine bundesweite Regelung zurückgepfiffen worden, als sie in ihrem Departement den Vaterchaftsurlaub ausdehnen wollte. Und jetzt gestehe der gleiche Bundesrat den Departementen mehr Freiheiten in der Lohnpolitik zu.

Künftig können die Departemente in eigener Regie sämtliche Berufsbilder bis zu einem Jahreslohn von 180 000 Franken selber bewerten und einer Lohnklasse zuweisen. Bis anhin galt diese Kompetenz nur bis zu einem Maximallohn von 100 000 Franken. Jobs in höheren Lohnklassen hat bisher das Eidg. Personalamt (EPA) beurteilt und einer bestimmten Salärklasse zugewiesen. Heute haben die Departemente laut BPV bei rund 50 Prozent der Angestellten innerhalb der Vorgaben des EPA

freie Hand, neu bei 98 Prozent. Die einzelnen Departemente erhalten damit im Buhlen um besonders gefragte Arbeitskräfte bessere finanzielle Trümpfe. Sie können künftig praktisch jeden Job eigenständig lohnässig auf- oder abwerten. Er erwarte nicht, dass die Departemente von dieser neuen Freiheit regen Gebrauch machen würden, sagte Juan Gut, Direktor des Personalamts. Ihr Spielraum sei durch die fixe Lohnsumme beschränkt. Um höhere Löhne für gewisse Funktionen zu finanzieren, müssten die Departemente Stellen einsparen, sagte Gut. In einzelnen Fällen könne es auch zu Lohninbussen kommen. Die Departemente hätten sich an die Referenzfunktionen zu halten. In den nächsten Monaten werden Berufsbilder wie Jurist oder Zöllner entsprechenden Funktionen zugewiesen.

Jetzt werde das Pferd am Schwanz aufgezäumt, sagte Personalvertreter Müller. Zuerst hätte man die Funktionen festlegen und erst dann den Departementen mehr Kompetenzen übergeben sollen. Der gestrige Entscheid führe zu massiven Unterschieden und zu Konkurrenz unter den Departementen. Damit nehmen Intransparenz und Willkür zu, wie Robert Andenmatten von der Gewerkschaft Transfair erklärte. Am Schluss werde jedes Departement seine eigene Lohnpolitik betreiben. (for)

DER FUSSBALL-SOMMER 2008 WIRD ZUM PR-EVENT

Euro-Maschinerie kommt in Fahrt

Je näher die Euro 08 kommt, desto klarer wird: Die Chancen, auch nur eines der Spiele live im Stadion miterleben zu können, sind minim. Bereits sind drei Viertel der Tickets für die 15 Spiele in Schweizer Stadien vergeben – an Landesverbände, Sponsoren und Funktionäre. Im Berner Stade de Suisse etwa, wo dreimal gespielt wird, werden von 30 000 Plätzen pro Spiel nur rund 8000 in den freien Verkauf gelangen. Doch die Organisatoren und Sponsoren versprechen Abhilfe: Public Viewing heisst das Allheilmittel, das frustrierten Fans verschrieben wird, die kein Ticket ergattern können.

Seit gestern weiss man, dass das «gemeinschaftliche Mitverfolgen von live übertragenen Sportveranstaltungen auf Grossbildleinwänden» (offizielle Definition) auch ausserhalb der vier Austragungsorte Basel, Bern, Zürich und Genf stattfinden wird: 30 Städte von Montreux bis Kreuzlingen und Liestal bis Lugano stehen in der Public-Viewing-Vorauswahl und wurden gestern von den Organisatoren orientiert. 17 davon werden bis im Juni ausserkoren.

Im Kanton Bern sind Biel, Thun und Langenthal im Rennen. Sie werden alles tun, den Zuschlag zu

erhalten. Denn zum Angebot gehören fixfertige Arenen mit bis zu 10 000 Plätzen, Verpflegungsständen und Bühnen für kulturelle Aktivitäten. Die Spiele werden auf 40 Quadratmeter grosse Videowände übertragen, «mit höchster Bildqualität und modernster Beschallungstechnik». Kein Sonnenstrahl, der die Leinwand streift, soll den Fussballgenuss stören, kein Schiedsrichterpfiff im Fan-Gejohle untergehen, versprechen die Organisatoren.

Und dies zum Nulltarif: Die Zuschauer haben Gratis-Zutritt – bis auf 1000 gedeckte Sitzplätze, die für bescheidene 10 bis 15 Franken verkauft werden. Auch den Städten wird die ganze Infrastruktur kostenlos zur Verfügung gestellt – Aufbau, Betrieb, Unterhalt und Abbau der Anlagen inklusive. Auch für Bewilligungen, Übertragungsrechte und Sicherheitsleute wird gesorgt sein. Die Städte haben nur für den geregelten Ablauf ausserhalb der Public-Viewing-Arenen zu sorgen.

Möglich macht die UBS zusammen mit Coca-Cola und Feldschlösschen. Das Ganze ist ein durchgestyltes Marketingprodukt, heisst «UBS-Arena» und hat auch schon ein Logo. Die drei Sponsoren werden entsprechend omniprä-

sent sein. Ein Vorgeschmack ist die Reklame unten. Sie ist speziell auf die redaktionelle Seite mit dieser Berichterstattung gebucht worden. Wie viel Sponsorengelder fließen, bleibt dabei im Dunkeln. Der Hinweis auf einen «namhaften Betrag» soll genügen. Gerüchte, wonach es um 15 Millionen Franken gehen soll, werden nicht kommentiert.

Der Fussball-Sommer 2008 wird so landesweit zum gleichförmig organisierten PR-Event. Dabei droht die Euro-Maschinerie andere lokale Leinwand-Happenings zu überrollen. Denn der europäische Fussballverband Uefa hat alles im Griff. Seine Auflagen in Bezug auf Sponsoring und Übertragungsrechte sind streng. Als kleines Wunder gilt allein schon, dass die Uefa den vier Austragungsorten zugestanden hat, in ihren Fanmeilen vier lokale Sponsoren beiziehen zu

dürfen. Ob und unter welchen Bedingungen kommerzielle Live-Übertragungen nebst den UBS-Arenen möglich sein werden, ist deshalb offen. Die Uefa hat Richtlinien angekündigt.

Umso heftiger wird das Rangeln um die Uefa-konformen UBS-Arenen sein. Mit «Zusatzaktivitäten» könnten die Städte ihre Standortgunst verbessern, hiess es gestern. Dem Zusatzaufwand sind damit keine Grenzen gesetzt – womit das Gratisangebot für die Städte am Ende vielleicht doch nicht ganz gratis sein wird. Weil die Euro-Projektorganisatoren des Bundes das Ganze eingefädelt haben, mischen sich bereits auch erste Politiker ein. Schweizer Demokrat Bernhard Hess will im Nationalrat vorstellig werden, damit auch Burgdorf eine UBS-Arena bekomme.

Jürg Sohm

REKLAME

